

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 2

Artikel: Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland : Analyse
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland: Analyse

Die NATO entkam im Sommer 2020 nur knapp einer Zerreissprobe. Ihre beiden Mitglieder, Griechenland und die Türkei, mobilisierten im Streit um Gasvorkommen Teile ihrer Streitkräfte. Der historisch-bedingte Konflikt wurde um eine neue Dimension ergänzt.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck

Im Sommer 2020 hätte der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland im östlichen Mittelmeer eskalieren können. Im Konflikt um die Gasvorkommen mobilisierten die verfeindeten Staaten Griechenland und Türkei Fregatten, U-Boote und Kampfflugzeuge. Im Januar 2021 wollten die beiden Staaten aber an den Verhandlungstisch zurückkehren. Es geht um geopolitische und wirtschaftspolitische Interessen. Griechenland und Zypern werfen der Türkei vor, im östlichen Mittelmeer illegal Erdgasvorkommen zu erkunden. Die Europäische Union prüft deshalb Sanktionen gegen die Türkei. Das Thema

steht auf der Tagesordnung des EU-Gipfels im März 2021.

Der historische Hintergrund

Die Ursprünge des Konflikts zwischen der Türkei und Griechenland sind fast 100 Jahre alt. Die Feindschaft zwischen der Türkei und Griechenland ist tief verwurzelt, alte Konflikte zwischen beiden Ländern wurden nie aufgearbeitet. Drei Jahre lang hatten sie Krieg gegeneinander geführt, von 1919 bis 1922. Die griechische Armee hatte Smyrna besetzt, das heutige Izmir, und war in Richtung Ankara vorgeprescht. Dann aber schlugen die türkischen

Truppen zurück und vertrieben die griechischen Soldaten für immer aus Anatolien und schlugen Zehntausende griechische Zivilisten aus Smyrna und Umgebung in die Flucht. Gleich nach diesem Krieg hatten Griechenland und die Türkei einen sogenannten «Bevölkerungsaustausch»: Alle 1,2 Millionen Griechen mussten das Gebiet der heutigen Türkei verlassen. Im Gegenzug wurden alle 400 000 Muslime aus Griechenland in die Türkei zwangsumgesiedelt, mit wenigen Ausnahmen.

Im Jahr 1923 wurde mit dem Vertrag von Lausanne das Territorium der Türkei festgelegt. Die Türkei als Nachfolger des Osmanischen Reiches verlor ihre Ägäis-Inseln an Griechenland. Seither gibt es einen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland um die Ausschliessliche Wirtschaftszone (AWZ) zwischen den griechischen Inseln und der türkischen Küste.

1996 kam es beinahe zum Krieg, als türkische Kommandosoldaten eine unbewohnte griechische Insel stürmten. Im Jahr 2000 zog die Europäische Union die maximale maritime Grenzziehung erneut zugunsten Griechenlands fest. Doch seit Jahren fordert der türkische Präsident Erdogan eine Neufassung der Verträge.

Ein weiterer Konfliktgrund zwischen der Türkei und Griechenland ist das faktisch gesplante Zypern, seit die Türkei den Nordteil der Insel 1974 besetzte. Trotz anhaltender Vermittlungsbemühungen der Europäischen Union besteht dieser «eingefrorene» Konflikt fort und belastet das Verhältnis der Türkei zur EU. Die Türkei erkennt allerdings den EU-Staat Zypern völkerrechtlich nicht an, sondern unterhält nur diplomatische Beziehungen zum türkisch kontrollierten Norden Zyperns.

Konflikt um Erdgas

Seit Monaten schwelt der Streit um Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer. Griechenland und die Türkei beanspruchen jeweils für sich grosse Erdgasvorkom-



Türkische Fregatten eskortierten im Sommer 2020 Bohrschiffe über die Gasfelder des Mittelmeers.

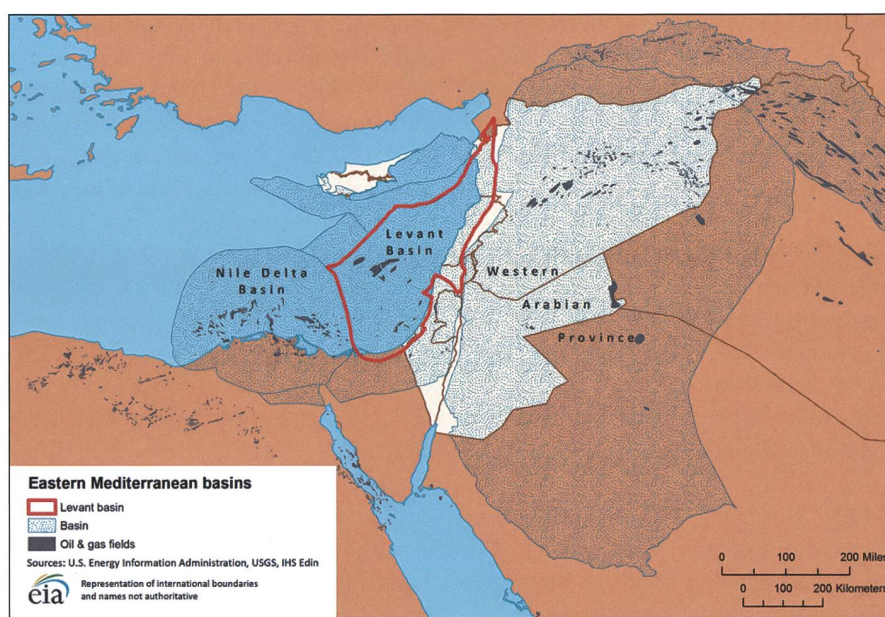
men im Mittelmeer. Sie liegen im Grenzgebiet zwischen türkischem Festland und zwei griechischen Inseln. Der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland um die Aufteilung des Seegebiets und die Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer hat eine geopolitische Dimension mit reichlich Sprengstoff.

Es geht um die Nutzung umfangreicher Ressourcen. Bereits seit geraumer Zeit arbeiten Griechenland, Zypern, Israel und Ägypten an Plänen für eine gemeinsame Nutzung dieser Erdgasvorkommen und den Bau einer Pipeline durchs Mittelmeer, um das Gas nach Europa zu bringen. Für die Europäische Union wäre diese Nutzung wichtig, weil damit die massive Abhängigkeit von russischem Erdgas gemindert würde. Dieser Konflikt um Erdgas ist aber auch als Teil des Kampfes zwischen der Türkei und Griechenland um die Vormachtstellung im Mittelmeer zu bewerten.

Trotz Protesten von Seiten Griechenlands schickte die Türkei in letzter Zeit wiederholt Bohrschiffe unter militärischer Eskorte für Erkundungen vor die Küsten Zyperns und die griechischen Ägäisinseln und vertrieb dabei Bohrschiffe internationaler Energiekonzerne. Die griechischen Streitkräfte reagierten mit der Entsendung eigener Kriegsschiffe, unterstützt durch Frankreich. Damit waren die Kriegsschiffe dreier NATO-Partner gegeneinander aufgezo-gen.

Im November 2019 unterzeichneten die Türkei und der Ministerpräsident Libyens, Fajis Al-Sarradsch, ein «Memorandum of Understanding». Die darin formulierte Neuaufteilung der Ausschiesslichen Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer schreibt der Türkei die Ansprüche auf Bodenschätze im Meeresgrund von Kreta bis östlich von Rhodos zu. Die griechische und zypriotische Regierung protestierten und die EU versicherte ihnen Zustimmung und Unterstützung. Nach herrschender Meinung aktueller Rechtslage dürfen Libyen und die Türkei ohne internationale Zustimmung kein Abkommen beschliessen, das zulasten Dritter geht. Das Abkommen verstosse gegen internationales Recht, gegen das Seerechtsabkommen.

Die EU will wegen der türkischen Erdgaserkundungen vor Zypern neue



Gas- und Ölfelder im östlichen Mittelmeer.

Sanktionen gegen die Türkei verhängen. Diese Sanktionen sollen sich gegen Einzelpersonen wie auch Unternehmen richten, die an den als illegal erachteten Probebohrungen beteiligt sind. Sie sollen vom EU-Ministerrat endgültig beschlossen werden und Einreiseverbote sowie Vermögenssperrern umfassen. Noch weitreichendere Schritte könnten beim nächsten regulären EU-Gipfel am 25. und 26.3.2021 auf den Weg gebracht werden. Bis dahin sollen die EU-Kommission und der Auswärtige Dienst der EU weitere Handlungsoptionen erarbeiten.

Die türkischen Interessen

Die Türkei und Griechenland streiten um die Abgrenzung der beidseitigen Ausschiesslichen Wirtschaftszonen (AWZ) der beiden Nachbarländer in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer. Nach dem UN-Seerechtsübereinkommen darf die Ausdehnung der AWZ, innerhalb derer ein Staat das alleinige Recht zur Ausbeutung der Bodenschätze hat, 200 Seemeilen (370 km) von der Küstenlinie betragen. Liegen zwei Staaten näher als 400 Seemeilen beieinander, gilt eine Mittellinie. Im Fall Griechenlands und der Türkei ist die Abgrenzung allerdings wegen der vielen griechischen Inseln und Felseneilande besonders kompliziert.

Die Argumentation der türkischen Regierung lautet, dass die Türkei die längste Küstenlinie im östlichen Mittelmeer

habe, jedoch aufgrund vieler vorgelagerter griechischer Inseln eine relativ kleine Ausschiessliche Wirtschaftszone (AWZ). Als die Regierungen Griechenlands, Zyperns und Israels 2011 ein Memorandum zur gemeinsamen Erschliessung der Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum unterzeichneten, forderte das türkische Aussenministerium Verhandlungen.

Die türkische Regierung will durch eine Erschliessung neuer Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten verringern. Diese beiden Posten sind hauptverantwortlich für das Leistungsbilanzdefizit der türkischen Volkswirtschaft. Je weniger Rohstoffe die Türkei importieren muss, desto ausgeglichener wird der angeschlagene türkische Staatshaushalt.

Hinzu kommt, dass die türkische Regierung unter Staatspräsident Erdogan spätestens seit dem vereitelten Putschversuch im Sommer 2016 einen unilateralen und teilweise aggressiven aussenpolitischen Kurs eingeschlagen hat. Statt auf Kooperation setzt die türkische Regierung seither regelmässig (Syrien und Libyen) auf Konfrontation, wobei es der türkischen Regierung darum geht, den eigenen Einfluss zu vergrössern und den Einfluss anderer Regionalmächte zu verringern.

Die griechische Position

Die griechische Regierung verweist auf das geltende Völkerrecht, dass jede ihrer

Inseln Anspruch auf eine eigene AWZ habe. Die griechische Regierung schlug in der Vergangenheit mehrfach vor, diesen Fall dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen, die türkische Regierung ging jedoch nicht darauf ein.

Ein Gerichtsverfahren wäre allerdings für beide Seiten riskant, da dessen Ausgang nur schwer vorhersehbar ist. Zwar würde die türkische These, wonach die griechischen Inseln keine eigene ausschliessliche Wirtschaftszone (AWZ) haben, vom Internationalen Gerichtshof kaum angenommen werden.

Allerdings würde wohl auch die griechische Regierung Zugeständnisse machen müssen, etwa bei abgelegenen Inseln wie Kastellorizo. Für die kleine Insel Kastellorizo, die zwölf Quadratkilometer gross ist und zwei Kilometer vor der türkischen Südküste liegt, beansprucht die griechische Regierung eine ausschliessliche Wirtschaftszone (AWZ) von 40 000 Quadratkilometern. Dass die griechische Regierung mit dieser Maximalforderung vor dem Internationalen Gerichtshof durchkommen könnte, ist ziemlich unwahrscheinlich.

Ein Lösungsweg wäre, dass die Türkei und Griechenland den Internationalen Gerichtshof gemeinsam als Schlichter anrufen und sich vorab verpflichten, seinen Spruch umzusetzen. So handelt die griechische Regierung gemeinsam mit der albanischen Regierung, um die Wirtschaftszonen im Ionischen Meer abzugrenzen. Die türkische Regierung hat sich allerdings bisher nicht geäussert, ob sie ein solches Schiedsverfahren des Internationalen Gerichtshofes akzeptieren würde.

Bilaterale Einigung möglich?

Das Verhandeln einer Abgrenzung von Wirtschaftszonen ist historisch belegt sehr kompliziert. Beispielsweise benötigten Frankreich und Grossbritannien Jahrzehnte, um sich über die Aufteilung der Wirtschaftszonen im Bereich der Kanalinseln zu einigen. Die griechische und die türkische Regierung verhandelten bereits zwischen 2002 und 2016 über die Abgrenzung der AWZ in verschiedenen Gebieten. Allerdings kam in 61 Gesprächsrunden keine Einigung zustande. Verschiedene Experten betonen, dass eine Lösung der Abgrenzung der Wirtschafts-

zonen nicht nur durch die komplexe Geografie der Türkei und Griechenland erschwert wird, sondern auch durch die «Erbfeindschaft» der beiden Staaten und Staatspräsident Erdogans Ansinnen, die Türkei zur Hegemonialmacht im östlichen Mittelmeer zu machen.

Die Flüchtlingsfrage

Nachdem die türkische Regierung zu Beginn des Jahres 2020 wiederholt mehr Geld für die Versorgung von Flüchtlingen in der Türkei von der EU gefordert hatte, öffnete die Türkei im Februar 2020 die Grenze zu Griechenland. Nach Angaben des deutschen Ausussenministeriums kamen daraufhin ca. 12 000 Flüchtlinge aus der Türkei an die Grenze zu Griechenland. Nach Kenntnis der deutschen Bundesregierung «trugen Äusserungen von offizieller türkischer Seite, wonach die Grenzen zur Europäischen Union «geöffnet» seien, zur Bewegung von Flüchtlingen und Migranten an die türkisch-griechische Grenze bei».

Im März 2020 kam es an den Grenzen zwischen der Türkei und Griechenland immer wieder zu politisch motivierten Eskalationen aufgrund der Flüchtlingskrise. Der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, befürchtet, dass sich diese Bilder bald wiederholen könnten.

Auch die Flüchtlingsfrage belastet die Beziehungen zwischen der türkischen und der griechischen Regierung und erschwert eine politische Lösung des Konflikts um

das Erdgas im östlichen Mittelmeerraum. Nach Ansicht der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) nutzt die türkische Regierung Flüchtlinge und Migranten als «Faustpfand und Druckmittel gegenüber Griechenland und der Europäischen Union». So drohe der türkische Staatspräsident Erdogan Griechenland und der EU regelmässig, wieder bzw. noch mehr Flüchtlinge und Migranten auf die griechischen Inseln zu schicken.

Im Dezember 2020 warf die griechische Regierung der Türkei vor, somalische Flüchtlinge aktiv zur Ausreise nach Griechenland und in die EU zu ermutigen.

Das türkische Bildungsministerium und andere Behörden des Landes würden in Somalia «die Einwanderung in die Türkei» bewerben und es später zulassen, dass die Migranten weiter in Richtung griechische Inseln zögen, sagte der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi in Athen. «Wir haben zuverlässige Informationen darüber, dass Schleuser in der Türkei bewusst Migranten aus Somalia sammeln und über Griechenland in die EU schicken». Die griechische Regierung wirft der türkischen Regierung seit Jahren vor, Migration und Flüchtlinge als Druckmittel gegenüber der EU einzusetzen.

Die EU hatte 2016 mit der Türkei einen Flüchtlingspakt geschlossen. Als Gegenleistung für die Rücknahme von auf den griechischen Inseln eintreffenden Flüchtlingen erhielt die türkische Regierung Milliardenzahlungen von den EU-Mitgliedsstaaten.



Die griechische Fregatte Psara.



Bilder: Wikimedia

Türkische Marinesoldaten: 1996 kam es beinahe zum Krieg, als die Türkei eine unbewohnte griechische Insel stürmen liess.


Im Frühjahr 2020 erklärte die griechische Regierung, die Türkei nutze das Coronavirus als Vorwand, um den Flüchtlingspakt mit der EU zu unterlaufen. So sei der Flüchtlingspakt zwischen der EU und der Türkei seit Anfang März 2020 nicht mehr angewendet worden. Die Türkei nehme wegen der Corona-Pandemie keine Flüchtlinge mehr aus Griechenland

auf, sagte der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi. «Die Türkei verweigert (seitdem) hinter dem Vorwand des Coronavirus die Rückführungen», sagte der griechische Migrationsminister. Ein Flüchtlingspakt mit der EU von 2016 sieht eigentlich vor, dass die Türkei illegale Migration in die EU stoppt und Migranten zurücknimmt, die kein Asyl in Griechenland

bekommen. Im Gegenzug erhält die Türkei Milliardenzahlungen der EU. EU-Politiker warfen dem Staatspräsidenten Erdogan vor, Flüchtlinge für seine politischen Ziele auszunutzen.

Fazit

Der aktuelle Konflikt um Erdgas und um Seegrenzen im östlichen Mittelmeerraum ist ein Faktor von vielen für das seit Jahrzehnten zerrüttete Verhältnis zwischen den Nachbarländern und NATO-Mitgliedstaaten Türkei und Griechenland. Im Sommer 2020 setzten die Türkei und Griechenland im Konflikt um die Erdgasfelder im östlichen Mittelmeer Fregatten, U-Boote und Kampfflugzeuge ein und es hätte zu einer kriegesischen Eskalation kommen können.

Ab Januar 2021 wollen die beiden Staaten aber wieder Verhandlungen aufnehmen. Doch der Konflikt um Gasvorkommen wird den seit Jahrzehnten bestehenden Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland noch auf Jahre hin auf einem hohen Niveau weiterexistieren lassen und auch Konsequenzen für Europa und die EU haben. 



Umstrittene Wirtschaftszone Griechenlands: Ankara wehrt sich gegen diese Einzonung.